

Brauereiarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes deutscher Brauereiarbeiter u. verw. Berufsgenossen.

Erscheint wöchentlich am Freitag.
Bezugspreis vierteljährlich 2,10 M., unter Kreuzband 2,70 M.
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Fr. Krieg, Hannover.
Redaktion und Expedition: Hannover, Ringstraße 5, III.
Druck von E. H. Meißner & Co., Hannover.

Inserationspreis:
die sechsgepaltene Kolonetzelle 40 S., für Mitglieder 30 S.
Schluß für Inserate: Dienstag früh 8 Uhr.

Unsre Lohnbewegungen 1908.

Im Jahre 1908 wurden seitens unsres Verbandes in 169 Orten 218 Lohnbewegungen zu Ende geführt. Dieselben erstreckten sich auf 433 Betriebe und umfaßten 12 340 Personen. Am 1. Januar 1909 waren unerledigt bzw. wurden verschoben 33 Lohnbewegungen, umfassend 93 Betriebe mit rund 6400 Personen.

Der Ausgang der beendeten Lohnbewegungen war:

	Bewegungen in Betrieben mit Personen		
Erfolgreich	154	331	10 489
Teilweise erfolgreich	48	72	1 381
Erfolglos	16	30	470

Es fanden ihre Erledigung:

	Bewegungen in Betrieben mit Personen		
Mit Streik	38	47	901
Durch erfolgreiche Verhandlungen	180	386	11 439

Tarifverträge und Abmachungen mit den Unternehmern wurden im Jahre 1908 177 vereinbart.

Zur Tarifstatistik.

Im 4. Quartal 1908 ist hinsichtlich der Zahl der gültigen Tarifverträge im Bereiche unsres Verbandes und der davon erfaßten Betriebe und Personen folgende Verschiebung zu konstatieren:

	Tarifverträge für Betriebe mit Personen		
gültig am 1. 10. 08	551	1244	51 595
abgelaufen im 4. Quart.	31	42	1 516
bleiben	520	1202	50 079
abgeschlossen im 4. Quart.	37	46	1 966
gültig am 31. 12. 08	557	1248	52 045

Die am 31. Dezember 1908 gültigen Tarifverträge verteilen sich auf die einzelnen Berufsgruppen wie folgt:

	Tarifverträge für Betriebe mit Personen		
auf Brauereien	478	1135	50 269
auf Mälzereien	36	37	789
auf Biernebelagen und Depots	31	49	543
auf Brennereien u. andre Betriebe	12	27	444
Summa	557	1248	52 045
Am 31. 12. 07 waren gültig	446	1058	46 887
am 31. 12. 08 mithin mehr	111	190	5 158

Die Dezember-Nummer des „Reichs-Arbeitsblattes“ bringt eine Vorbesprechung des in Kürze erscheinenden Bandes: „Die Tarifverträge im Jahre 1907“, in welcher wir unter dem Zahlenmaterial auch Berichte des „Bundes deutscher Brauergesellen“, des Bundesvereins Hamburg und des Bundesvereins Stettin finden. Ganz abgesehen von der Tatsache, daß der „Bund“ als vom Unternehmertum vollständig abhängiges Gebilde als Tarifkontrahent überhaupt nicht in Frage kommt, weil es bei ihm an jeder Voraussetzung dafür mangelt, hat das von ihm und von den Bundesvereinen an das Statistische Amt berichtete Zahlenmaterial lediglich die Wirkung, die Statistik zu fälschen. Nicht nur deshalb, weil über diese Tarife schon von dem wirklichen Träger derselben, dem Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter berichtet wurde, sondern auch in Ansehung der vom „Bund“ und seinen Ortsvereinen angegebenen Zahlen; diese übertreffen noch die Phantaziezahlen im Jahresbericht des Bundesbeamten Siebert. So wird z. B. dem „Bund“ als Gesamterfolg in seiner „tariflichen Betätigung“ folgendes angedichtet:

	Tarifverträge für Betriebe mit Personen		
Bestand am 1. 1. 07	20	159	1 804
1907 erledigte	2	10	225
1907 abgeschlossene	9	60	644
Bestand am 31. 12. 07	27	209	2 223

Außerdem berichtet noch der Bundesverein Hamburg:

	Tarifverträge für Betriebe mit Personen		
Bestand am 1. 1. 07	1	22	1 400
1907 erledigt	1	22	1 400
1907 abgeschlossene	1	22	1 400
Bestand am 31. 12. 07	1	22	1 400

Und der Bundesverein Stettin berichtet, daß er im Jahre 1907 einen Tarifvertrag für 6 Betriebe mit 81 Personen abgeschlossen habe. Das Gesamtergebnis der „tariflichen Erfolge“ des Bundes wäre also nach den Berichten: am Jahreschluß 1907 29 Tarifverträge für 237 Betriebe mit 3704 Personen.

Bei Eingeweihten werden diese Zahlen gewiß unbändige Heiterkeit auslösen ob dieser Ungenauigkeit im Berichten. Der arme Schächer von Bundesverein in Stettin wurde von den Unternehmern zur Einreichung

von „Forderungen“ befohlen mit dem Hinweis: der Verband kommt jetzt. Der Bundesverein gehorchte. Die Unternehmer bezweckten damit, billig davon zu kommen und gleichzeitig die Brauereiarbeiter zu entzweien, um gegen weitere Forderungen gedeckt zu sein und dazu leistete der Bundesverein bereitwilligst Hilfe. Es ist ihnen nicht geglikt. Die „Bundesarise“ in Stettin sind nichtig und wertlos, gültig sind die Tarife des Verbandes. Was vom Bundesverein Hamburg berichtet wird, das ist als Ausfluß eines mehr als harmlosen Hirnes zu bezeichnen. In dem harten Kampfe des Verbandes mit der Hamburger Brauereivereinigung im Jahre 1904 wurden die Vorbedingungen für den Tarifabschluß des Verbandes im Jahre 1907 geschaffen. Die Unternehmer erklärten selbst kürzlich in einer Polemik gegen Galtner — der in seiner Korrespondenz sagte: ein Beweis, daß es den Brauereien noch gut ginge, zeige der Hamburger Tarifabschluß —, daß die Brauereien die Zugeständnisse nur gemacht hätten, um größeren Schädigungen zu entgehen. Und jetzt kommt die Unternehmerjuchtruppe von 1904 und zu aller Zeit und berichtet über „ihren Tarifabschluß“ für 1400 Personen, einschließlich der Verbandsmitglieder. Höher geht der Schwandel nimmer. Da kann man es auch begreifen, daß der „Bund“ selbst über so viele Tarifabschlüsse berichtet, an welchen er keinen Anteil hat, und bei welchen er nur die Rolle des stillen Zuschauers spielt.

Zur Herstellung einer wahrheitsgetreuen Statistik dient aber eine solche Zahlenpielerei nicht und noch weniger zur Beurteilung der gewerkschaftlichen Bestrebungen und Erfolge auf dem Gebiete des Tarifwesens, wenn Korporationen zur Berichterstattung herangezogen werden, die dafür gar nicht in Betracht kommen und gar nichts zu berichten haben. Kontrahent der Tarifverträge in der Brauindustrie ist von Arbeiterseite der Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter, welcher auch über die von ihm abgeschlossenen Verträge an das Statistische Amt berichtet, das sollte letzteres beachten, wenn es einwandfreie Statistiken erhalten will.

Auf die im Jahre 1907 abgeschlossenen Tarifverträge selbst kommen wir nach Erscheinen des angekündigten Werkes noch zurück.

Gewerkschaftliche Erfolge 1907.

Auch im Jahre 1907 waren die der Generalkommission angeschlossenen Zentralverbände äußerst rührig in dem Bestreben zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, und auch erfolgreich darin, trotz der Anzeichen der Wirtschaftskrise. Und was besonders beachtenswert ist: die Zahl der erfolgreichen Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung, die schon 1905 und 1906 die Zahl der durch Streiks erledigten Lohnbewegungen weit überwogen, ist 1907 prozentual noch höher. Das ist ein Beweis der zunehmenden Beachtung und Anerkennung der stets kampfbereiten Arbeiterorganisationen seitens der Unternehmer und ihrer Organisationen. Diese verlassen immer mehr den Standpunkt, die Arbeiterorganisationen nicht anzuerkennen, mit ihnen nicht zu verhandeln; sie haben einsehen gelernt, daß die Arbeiterorganisationen sich die Anerkennung eventuell erzwingen, und daß es besser ist, einen billigen Vergleich zu schließen, als auf dem negierenden Standpunkt zu verharrern und folgenschwere Kämpfe herauszubeschwören. Sie wissen auch, daß ein Vergleich mit der Organisation Ruhe im Betriebe schafft, und wissen dieses wohl zu schätzen. Die zunehmende Zahl der erledigten Lohnbewegungen ohne Kämpfe ist also tatsächlich ein Beweis der zunehmenden Macht der Arbeiterorganisationen und der hieraus resultierenden besseren Erkenntnis der Unternehmer.

Forderungen wurden im Jahre 1907 gestellt in 8053 Fällen in 12 412 Orten und 56 272 Betrieben mit 1 118 233 Beschäftigten. In 235 Fällen mußten die Forderungen als ausüßiglos zurückgezogen werden, während in 166 Fällen die Forderungen der Arbeiter von den Unternehmern stillschweigend anerkannt und bewilligt worden sind. In 4652 Fällen wurden die Differenzen durch erfolgreiche Unterhandlungen mit den Unternehmern beigelegt, während in 14 Fällen, in denen der Verband der Gemeindegewerkschaft mit den kommunalen Verwaltungen in Unterhandlungen getreten ist, am Jahreschluß die Verhandlungen nicht zum Abschluß gekommen waren. Insgesamt waren an diesen Bewegungen, die ohne Arbeitseinstellung ihre Erledigung fanden, 523 235 Personen beteiligt. In 2986 Fällen kam es zur Arbeitseinstellung oder zur Aussperrung.

Erzielt wurden insgesamt durch Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen:

- Arbeitszeitverkürzung für 248 911 Personen zusammen 912 860 Stunden pro Woche, und
- Lohnerhöhung für 513 213 Personen zusammen 992 695 Mark pro Woche. Ferner:
- Lohnaufschlag für Ueberstunden in 1884 Fällen.
- Lohnaufschlag für Nacht- und Sonntagsarbeit in 1374 Fällen.
- Beseitigung der Akkordarbeit in 75 Fällen.

Verbesserung der Fabrik- bzw. Bau- oder Werkstattordnung in 38 Fällen, Maßregelung wurde abgewehrt in 170 Fällen und sonstiges wurde erreicht in 1837 Fällen.

Korporative Arbeitsverträge wurden in 2339 Fällen für insgesamt 272 046 Arbeiter und Arbeiterinnen abgeschlossen.

Die Verkürzung der Arbeitszeit beträgt durchschnittlich für jeden Beteiligten 3 3/4 Stunden, die Lohnerhöhung 2,07 Mark pro Woche. Im einzelnen wurde folgendes erzielt pro Person und Woche:

Arbeitszeitverkürzung Stunden	für Beteiligte	Lohnerhöhung Mk.	für Beteiligte
bis 1	27 489	bis 0,50	13 209
über 1 bis 2	16 332	über 0,50 bis 1,00	86 761
" 2 " 3	115 999	" 1,00 " 1,50	120 880
" 3 " 4	21 982	" 1,50 " 2,00	91 019
" 4 " 5	9 253	" 2,00 " 2,50	42 616
" 5 " 6	36 707	" 2,50 " 3,00	64 637
" 6 " 7	1 341	" 3,00 " 3,50	5 547
" 7 " 8	1 030	" 3,50 " 4,00	11 123
" 8 " 9	1 692	" 4,00 " 4,50	7 512
" 9 " 10	76	" 4,50 " 5,00	5 908
" 10 " 11	13	" 5,00 " 5,50	7 393
" 11 " 12	1 791	" 5,50 " 6,00	3 903
" 12 " 13	14	" 6,00 " 6,50	839
" 13 " 14	267	" 6,50 " 7,00	127
" 14 " 15	686	" 7,00 " 7,50	582
" 15 " 16	1 626	" 7,50 " 8,00	88
" 16 " 17	54	" 8,00 " 8,50	124
" 17 " 18	—	" 8,50 " 9,00	259
" 18 " 19	—	" 9,00 " 9,50	5
" 19 " 20	71	" 9,50 " 10,00	204
" 20 " 21	—	" 10,00 " 10,50	—
" 21 " 22	—	" 10,50 " 11,00	—
" 22 " 23	—	" 11,00 " 11,50	—
" 23 " 24	—	" 11,50 " 12,00	—
" 24 " 25	—	" 12,00 " 12,50	—
" 25 " 26	—	" 12,50 " 13,00	—
" 26 " 27	—	" 13,00 " 13,50	—
" 27 " 28	—	" 13,50 " 14,00	—
" 28 " 29	—	" 14,00 " 14,50	—
" 29 " 30	—	" 14,50 " 15,00	—

Zur Erhärtung der vorstehenden Behauptung über die prozentual zunehmende Zahl der ohne Kampf erledigten Lohnbewegungen seien folgende Daten angeführt. Es fanden von den Lohnbewegungen ihre Erledigung:

Jahr	ohne Kampf Prozent	durch Kampf Prozent
1906	54,1	49,9
1907	61,8	38,2

Und auch folgende Ziffern beweisen dies. Es wurde erreicht an Arbeitszeitverkürzung pro Woche:

Jahr	ohne Kampf Stunden in Prozent	durch Kampf Stunden in Prozent
1905	453 297 68,0	213 467 32,0
1906	928 804 76,2	298 804 23,8
1907	694 388 78,4	191 500 21,6

An Lohnerhöhung wurde erreicht pro Woche:

Jahr	ohne Kampf Mk. in Prozent	durch Kampf Mk. in Prozent
1905	550 637 69,5	253 166 31,5
1906	852 389 70,3	359 506 29,7
1907	687 962 74,6	233 892 25,4

Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich bei der Zahl der an den Erfolgen beteiligten Personen. Es waren beteiligt an der Verkürzung der Arbeitszeit:

Jahr	ohne Kampf Personen in Prozent	durch Kampf Personen in Prozent
1905	106 165 63,3	61 666 36,7
1906	255 534 77,2	75 646 22,8
1907	187 295 78,6	50 895 21,4

Es waren beteiligt an der Lohnerhöhung:

Jahr	ohne Kampf Personen in Prozent	durch Kampf Personen in Prozent
1905	278 493 71,3	112 653 28,7
1906	491 878 78,1	154 253 23,9
1907	370 214 78,0	104 490 22,0

Wie weit die Verminderung der Forderungen im Jahre 1907 (8053) gegen 1906 (8543) und die Verminderung der in obigen Ziffern wiedergegebenen Erfolge auf eine größere Zurückhaltung der Gewerkschaften in Rücksicht auf die heranwachsende Krise zurückzuführen ist oder auf einen Zustand der Sättigung bzw. der erzwungenen Ruhe als Folge bestehender Tarifverträge, soll hier nicht untersucht werden. Aber ein Studium der vorstehenden Ziffern lehrt den Kollegen recht viel. Die Ziffern zeigen ihnen, daß mit der zunehmenden Stärke der Organisationen die Erfolgsmöglichkeit ohne Kampf wächst; sie zeigen aber auch, daß die Kämpfe, wenn doch solche entstehen, hartnäckiger und weniger erfolgreich werden und zwar hauptsächlich infolge nicht genügender starker Organisationen an den betreffenden Orten. Die Konsequenz dieser Tatsachen ist, daß jeder bemüht sein muß, die Organisation zu stärken, die Forderungen aufzurütteln und zur Organisation zu bringen im Interesse der Gesamtheit der Kollegen, daß aber auch bei allen Aktionen Besonnenheit und Ueberlegung obwalten, Solidarität geübt werden muß. Möge jeder die ihm durch die Tatsachen gewordenen Lehren beherzigen und darnach handeln.

Berichtigung. Im ersten Artikel in voriger Nummer muß der Kopf der Tabelle über gezahlte Unterstützungen lauten:
Kranken- Arbeitsloj- Gemäßigten- u. Außerordentl. Zus-
unterst. unterst. Umzugsunterst. Unterst. Unterst.
Mk. Mk. Mk. Mk. Mk.

Das Genossenschaftswesen.

G. C. Die Doppelbedeutung der Konsumgenossenschaftlichen Organisation für die Arbeiterklasse und insbesondere für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ist eine Tatsache, die nicht nur von internationalen Konsumvereinen und Gewerkschaftsvereinen, sondern auch von Richtungen anerkannt wird, die die dreimal gefegnete Aufgabe haben, die kapitalistische Wirtschaftsform als den Anker aller Kultur und allen Fortschritts zu verteidigen. Kapitalistische Blätter, wie die „Münchener Zeitung“, die als Hauptorgan des deutschen National-Liberalismus die besondere Aufgabe hat, die kapitalistischen Interessen der Großindustriellen an erster Stelle in der politischen Publizistik zu vertreten, leidet gewiss nicht unter dem Verdachte, Wirtschaftsbewegungen, deren Tendenzen antikapitalistisch ihren ganzen Wesen nach sein müssen, eine besonders günstige Beurteilung widerfahren zu lassen. Und doch hat gerade sie einmal, wohl in einem unbewachten Augenblicke, die volkswirtschaftliche Bedeutung des Konsumvereinswesens in seiner Allgemeinheit wie im besonderen für die Arbeiterklasse in einigen Sätzen zusammengefaßt, die, auf vorhandenen Tatsachen fußend, als das klarste zum Ausdruck bringen, was über die Konsumgenossenschaften als Konsum- und Produktionsfaktor überhaupt zu sagen ist. Sie schrieb im August 1905 folgendes:

„Den Konsumvereinen wird die Aufgabe zufallen, den zweiten Schranken der modernen Volkswirtschaft — die planlose Güterverteilung — zu heilen, für die bisher noch kein Krautlein gewachsen ist. Auch in dieser wichtigen Frage des Konsumvereinswesens und der Bilanzregulierung durch die Konsumgenossenschaft wird England den anderen Industrieländern als Vorbild dienen. Dort hat man erkannt, daß der anarchische Zustand, planlos für den Markt zu arbeiten, die Produktionsebene des organisierten, und daß nur eine Organisation des Massenkonsums eine sichere Grundlage für ein geordnetes Wirtschaftssystem bilden kann. Die Konsumgenossenschaften aber sind bei entsprechender Machtstellung die wichtigsten Faktoren zur Organisation der Kaufkraft, damit indirekt auch zur Produktion und nicht in letzten Endes auch der gesamten Volkswirtschaft. So mündet schließlich die Organisation der Konsumtion, wenn alle Kreise darin eingeschlossen sind, in eine Organisation der Produktion. Eine Durchdringung des ganzen Wirtschaftsorganismus mit den Gedanken, die größtenteils im Gewerkschafts- und Genossenschaftswesen aufgestellt sind, ist — nämlich in einer organisierten Verbindung — das größte Ziel der Zukunft unsres sozialen Wirtschaftslebens.“

In der Tat: die Regelung der Produktionsweise allein tut nichts; sie muß die Regelung des Konsums zur Grundlage haben. Somit sehen wir der Konsumgenossenschaftlichen Organisation eine ganz bedeutungsvolle Aufgabe auf dem Gebiet der Sozialisierung unserer Wirtschaftsverhältnisse zufallen; wo sie nicht selbst produzierend in den Wirtschaftsprozess der Völker eingreift oder eingreifen kann, bildet sie als Konsumfaktor den leicht übersehbar, weil gewöhnlich abstrakt für die Produktion kapitalistischen, in erster Linie natürlich genossenschaftlich-sozialistischen Charakters. Das Interesse der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterklasse wird hierdurch unmittelbar. Es geht über Lohnfragen, Arbeitszeitverlängerungen und sonstige Fragen des Arbeitsverhältnisses weit hinaus, fast die gesamte soziale und politische Lage der arbeitenden Klassen in der Welt umschließend und die gesamte soziale und politische Lage der arbeitenden Klassen in der Welt umschließend. Es geht über Lohnfragen, Arbeitszeitverlängerungen und sonstige Fragen des Arbeitsverhältnisses weit hinaus, fast die gesamte soziale und politische Lage der arbeitenden Klassen in der Welt umschließend. Es geht über Lohnfragen, Arbeitszeitverlängerungen und sonstige Fragen des Arbeitsverhältnisses weit hinaus, fast die gesamte soziale und politische Lage der arbeitenden Klassen in der Welt umschließend.

Die organisierte Verbindung von Gewerkschaften und Genossenschaften bedarf es aber auch zu wenig wie der von Parteien und Gewerkschaften, um das Zweckbewußtsein großer gemeinsamer Wirtschaftsinteressen auszufüllen mit dem Geiste, der den Gewerkschaften die Förderung der Konsumgenossenschaftlichen Organisation zunächst in verbindlichen Forderungen ihrer Mitglieder, dann aber auch in dem der höchsten Ziele der Arbeiterbewegung von selbst nahelegt. Die Förderung der Genossenschaften an sich liegt nach Beginn im Interesse der deutschen Gewerkschaftsbewegung und ihrer Mitglieder. Warum? Darüber geben die wirtschaftlichen Erfolge der Konsumvereine, darüber geben ihre durch die „Münch. Ztg.“ klarstichig illustrierten Entwicklungsmöglichkeiten Auskunft, die nicht nur theoretisch bestehen, sondern die durch die genossenschaftliche Konsum- und Produktionspraxis erhärtet sind. Nichts noch das „Was?“, nachdem die „organische Verbindung“ hergestellt ist. In diesem Betracht ist in erster Linie auf die ungeheure Konsumkraft der Arbeiterklasse zu verweisen, die, zweckmäßig selbstbewußt genossenschaftlich konzentriert, Kapital- und Produktionskräfte anzuschließen imstande ist, welche einen gewaltigen Schritt vorwärts in der Umgestaltung des Wirtschaftslebens bedeuten würden. Denn ist auch die an sich zwar geringe, aber in der Konzentration der Massen bedingte direkte Konsumkraft der Arbeiterklasse zur Stärkung der Wirtschaftskräfte der Konsumvereine ein wichtiger Faktor bei der Förderung des Konsumvereinswesens, so nicht zum letzten Grade die Spar- und Kapitalanlagen der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften bei den Konsumvereinen als eigenen Unternehmungen ein Mittel zur Erreichung großer wirtschaftlicher Erfolge auf dem Gebiet, das das größte Ziel der Zukunft unsres sozialen Wirtschaftslebens umfaßt. Diese Perspektive ist weder zu allgemein noch zu hoch. Es liegt an der Energie, der Ehrlichkeit und dem konzentrierten Willen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, sie — wenn auch nur Stückweise — zur unwiderstehlichen Tatsache zu machen.

Der Fonds für die Witwen- und Waisenversicherung.

Von der in Aussicht stehenden Witwen- und Waisenversicherung ist es recht still geworden. Selten liest man davon in den Zeitungen und noch seltener äußert sich die Reichsregierung darüber. Und hat man etwas darüber, so ist es nichts Aufmunterndes. Und doch soll nach den bestehenden Verhältnissen von Reichstag und Bundesrat die neue Versicherung schon am 1. Januar 1910 in Kraft treten. Der Hauptgrund dieser peinlichen Situation ist das völlige Fehlen der Berechnungen, die feinerzeit vor der Beschlußfassung über das Zolltarifgesetz angefertigt wurden. Nach den Angaben der Reichsregierung sollten die Beiträge, die gemäß § 1 des Gesetzes zur Witwen- und Waisenversicherung zu verwenden sind, bis Ende des Etatsjahres 1909 den Betrag von etwa 40 Millionen Mark erreicht haben. Die Zinsen davon und die Zinsen für die Zwecke der bestehenden Beiträge sollten zusammen 20 Millionen jährlich erreichen. Wie aber hat sich die Sache in Wirklichkeit gestaltet? Im Jahre 1906 sind die Beiträge in Kraft getreten. Die Regierung hatte für dieses Jahr 17 Millionen in den Reichshaushalt eingestellt, die, als Beitrag der Völler auf notwendige Lebensmittel über den Beitrag auf Grund des vorher in Kraft gewesenen Zolltarifs hinaus, für den neuen Fürsorgegesetz angepart werden

sollten. Und der Reichstag hatte den Betrag auf 22 Millionen erhöht. Nachher aber ergab sich, daß ein solcher Mehrbetrag überhaupt nicht erzielt wurde, da vor dem Inkrafttreten des neuen, erhöhten Tarifs eine solche Mehreinzufuhr landwirtschaftlicher Produkte erfolgt war, daß im ersten Jahre des neuen Tarifs eine erheblich geringere Einfuhr, die selbst bei den höheren Zöllen keinen Ueberschuß bringen konnte, erfolgte. So konnte in den Fonds nichts abgeführt werden.

Im Etat für 1907 wurde die Mehreinnahme auf 48 Millionen veranschlagt. Die Abrechnung ergab aber nur 42,2 Millionen: fast 6 Millionen weniger. Und es gilt schon jetzt für sehr fraglich, ob es möglich sein wird, im Etatsjahr 1908 auch nur diesen Betrag für den Fonds zu erzielen, obwohl die Zuzuwisse im Etat auf 53 Millionen angesetzt worden ist. Die Einnahmen aus den landwirtschaftlichen Zöllen schwanken eben entsprechend den Ernteergebnissen.

Zusolge dieser Unsicherheit der Ueberweisung hat, wie schon verläutet, die Regierung den Plan gefaßt, für die Witwen- und Waisenversorgung den festen Betrag von jährlich 45 Millionen Mark in den jeweiligen Etat einzustellen. Geht aus den Zollüberschüssen nicht so viel ein, so soll das Fehlende aus den anderweitigen Reichseinnahmen aufgebracht werden. Die Unregelmäßigkeit der Einnahmen machte sie ungeeignet zur Grundlage einer geregelten Fürsorgeeinrichtung.

In dieser Richtung bewegen sich schon die Vorschläge der Sozialdemokraten bei der Beratung des Zolltarifgesetzes. Ihre Vertreter beschließen es als ungerath, die Einnahmen der Reichskasse sicherzustellen, aber die Wirkung der schwankenden Einnahmerträge auf die Einnahmen auf den neuen Versicherungsfonds zu überwälzen.

Wenn die Absicht der Regierung Gesetz wird, so werden von 1910 an aus dem garantierten Reichszuschuß und den Zinsen des bis dahin in Höhe von etwa 100 Millionen angelegten Fonds für Witwen und Waisen jährlich ungefähr 50 Millionen zur Verfügung stehen. Das ist der bekannte Tropfen auf den heißen Stein. Die Invalidenversicherung veranschlagte im Jahre 1907 für Renten rund 155 Millionen Mark. Eine auch nur nennenswerte Witwen- und Waisenversicherung aber wird hohe Ausgaben erfordern. Wenn — so führte Graf v. Saldern am 3. Februar 1906 im Reichstage aus — der Witwe als Jahresrente im Durchschnitt die Hälfte der Invalidenrente gewährt wird, die dem versicherten Ehegatten zur Zeit seines Todes zugeflossen hätte (rund 78 Mark Witwenrente), und für jede Witwe bis zum vollendeten 14. Jahre ein Drittel hiervon als Waisenrente vorgesehen würde, so kostet die Invalidenversicherung schon annähernd soviel wie die Invalidenversicherung. Bei den vorgesehenen Anwendungen könnten aber nur Renten in Höhe eines Drittels der angeführten Sätze gewährt werden: für eine Witwe wöchentlich etwa 50 Pfennig!

Es kann also an eine derartige Versicherung nicht gedacht werden, ohne daß in irgend einer Form Beiträge von den Arbeitern und den Unternehmern aufgebracht werden. Aber dagegen protestieren die Unternehmern. Und einige bürgerliche Parteien haben schon erklärt, sie seien nicht dafür zu haben, daß der Industrie und der Landwirtschaft „neue Lasten“ auferlegt werden. Es ist daher zu befürchten, daß bei der ganzen Sache nichts anderes herauskommt, als eine veränderte Armenpflege: daß nämlich nur den bedürftigen Witwen und Waisen Unterstützungen zuerkannt werden.

Also trübe Aussichten für die Verwirklichung der feinerzeit mit Pomp angekündigten Fürsorgeeinrichtung. Es ist kaum anzunehmen, daß sie rechtzeitig von den gesetzgebenden Stellen fertiggestellt werden wird. Für diesen Fall bestimmt das Zolltarifgesetz:

„Ueber diese Versicherung ist durch ein Bundesgesetz Bestimmung zu treffen. . . . tritt daselbe bis zum 1. Januar 1910 nicht in Kraft, so sind von da ab die Zinsen der angelegten Mittelbeträge selbst den einzelnen Invaliden-Versicherungsanstalten nach Maßgabe der von ihnen im vorhergehenden Jahre aufgebrachtene Versicherungsbeiträge zum Zwecke der Witwen- und Waisenversorgung der bei ihnen Versicherten zu überweisen. Die Unterstützung erfolgt auf Grund eines vom Reichsversicherungsamt zu genehmigenden Statuts.“ Das einfachste wäre ja wohl, wenn man auch diese Millionen der „notleidenden Bauwirtschaft“, die von Voltes und Reichs wegen dem ersten Anspruch auf den Arbeitsvertrag der deutschen Arbeiter hat, zuweisen würde. Natürlich nach der Bedürftigkeit: je größer der Grundbesitz, um so mehr Not, darum um so mehr aus der Vorkasse. Das bliebe wenigstens in der Richtung unrer Politik und vermiede die schändliche Komödie einer solchen „Witwen- und Waisen-Fürsorge“.

Fort mit dem Begriff „Betriebsunfall“.

G. Bei der bevorstehenden Reform der Arbeiterversicherungsgesetze dürfte die Forderung: „Fort mit dem Begriff „Betriebsunfall“ nachdrücklicher wie je mit zu erheben sein. Wer sich einen Unfall zuzieht, den schließt das Gesetz nicht immer, sondern nur diejenigen Unfälle werden entschädigt, die als Betriebsunfälle anerkannt werden. Voraussetzung für das Vorliegen eines Betriebsunfalls ist nun erstens, daß der Betroffene zur Zeit des Unfalls bei dem Betriebe beschäftigt ist, d. h. seine Tätigkeit oder Verrichtung in jenem Augenblick war — unmittelbar oder mittelbar — durch den Betrieb veranlaßt sein oder ihrer Zweckbestimmung nach dem Betriebe dienen; dann muß der Unfall zweitens, um als Betriebsunfall zu gelten, in ursächlichen Zusammenhang mit dem Betrieb und dessen Gefahren gebracht werden können.

Diesen Mängeln im Gesetz soll nun nach den auf dem letzten Krankenkassenkongresse angenommenen Beschlüssen dadurch abgeholfen werden, als vorgeschlagen wird, alle Unfälle zu entschädigen; wogegen dieselben nun durch die Gefahren der Erwerbstätigkeit oder des gewöhnlichen Lebens verursacht sein, wobei gewöhnliche Gewerkschaften als Folgen von Betriebsunfällen anzusehen seien. Als Gewerkschaften kommt z. B. bei den Malern, Buchdruckern usw. die Weitrantigkeit in Betracht. Das Reichsversicherungsamt hat zwar in einem Falle einen Arbeiter, der in einem unfallversicherungspflichtigen Betriebe nach kurzer Zeit von der Weitrantigkeit erkrankt wurde, Rente zugesprochen, da man sich auf den Standpunkt stellte, die Weitrantigkeit sei ein Mittelglied zwischen Berufskrankheit und Betriebsunfall. Die sogenannten Gewerkschaften stellen sich aber auch bei Arbeitern anderer Berufe, wie die der Maler und Buchdrucker, nach ein. Es soll nur an die Arbeiter in den chemischen Fabriken erinnert werden, bei denen sich vielfach schon nach kurzer Beschäftigung Hautauschläge mit nachfolgender Erkrankung usw. einstellen.

Nun kommen noch die vielen Unfälle des täglichen Lebens in Betracht, welche es überhaupt nichts gibt. In welcher Weise die Berufsgenossenschaften hier die Verletzten abzuwehren verstehen, dafür einige Beispiele: Ein Arbeiter zog sich bei dem Verzuge, eine mit Eisenteilen gefüllte Kiste zu geben, eine Verletzung der Rückenmuskeln in der rechten Leibesgegend zu. Es wurde ihm zunächst eine Unfallrente von 20 Prozent auf seine Invalidenrente zugesprochen. Später wurde nach vorgenommener ärztlicher Untersuchung die Rente eingezogen, trotzdem der Zustand sich anstatt gebessert, bedeutend verschlimmert hatte. Nunmehr stellte der betreffende Arbeiter Anspruch auf Gewährung der Invalidenrente, die ihm auch zugesprochen wurde. Die Invalidenversicherungsanstalt gelangte nun aber auf Grund der von ihm eingeholten ärztlichen Gutachten zu dem Resultat, daß die vorhandene Erwerbsunfähigkeit auf den erlittenen Unfall zurückzuführen sei und er deshalb bei der Berufsgenossenschaft Ersatzansprüche, die jedoch zurückgewiesen wurden. Nunmehr legte die Versicherung Verwaltung beim Schiedsgericht für den Verletzten ein und dieses sprach ihm wieder eine Unfallrente zu. Gegen dieses Urteil legten beide Parteien Rekurs beim Reichsversicherungsamt ein; der Kläger mit dem Antrag auf höhere Rente und die Berufsgenossenschaft mit dem Antrag, das Urteil aufzuheben und ihren abgehenden Beschäftigten wiederherzustellen. Wider Erwarten wies das Reichsversicherungsamt den Verletzten ab, und zwar mit der Begründung, daß der Kläger jetzt an Syphilis leide. Diese Syphilis sei zwar nicht oder weniger auf den Unfall direkt zurückzuführen, als vielmehr erst durch die Bemühungen um eine Rente hervorgerufen, also im Kampfe um

die Rente entstanden. Der Annahme der ärztlichen Gutachter, daß damit der ursächliche Zusammenhang zwischen Unfall und Syphilis gegeben sei, vermochte das Reichsversicherungsamt sich leider nicht anzuschließen. Diese Auslegungen werden die Berufsgenossenschaften schon zu verwirren fügen. — In einem anderen Falle wurde seitens der Berufsgenossenschaft von vornherein das Vorliegen eines Betriebsunfalls verneint. Ein Arbeiter erhielt von dem Unternehmer den Auftrag, ein Stück nach dem Bahnhof zu befahren. Bei dem schnellen Laufen dorthin fiel der Mann, der im Alter von 60 Jahren stand, auf der Straße bewußtlos hin und gleich darauf trat der Tod ein. Der Arzt gab die Möglichkeit eines ursächlichen Zusammenhangs zwischen dem Tode und der dienstlichen Verrichtung an, denn durch das schnelle Laufen sei eine Blutung im Gehirn eingetreten. Jeder Arzt wird einwenden, der Mann ist doch auf dem „Betriebswege“ verunglückt. Die Berufsgenossenschaft war aber anderer Meinung und esfi auf die eingeleitete Berufung sprach das Schiedsgericht der Witwe die Rente zu und hielt das Vorliegen eines Betriebsunfalls für nachgewiesen. — In einem weiteren Falle wurde ein Arbeiter im Winter nach dem Güterbahnhof geschickt, um nachzusehen, ob inzwischen Kohlen für den Betrieb angekommen seien. Auf dem Terrain des Güterbahnhofs fiel der Arbeiter auf dem untergefallenen Boden hin und zog sich eine Verletzung des Kreuzes zu. Die Berufsgenossenschaft weigerte sich auch hier, Rente zu zahlen und zwar mit der eigentümlichen Begründung, es läge ein Unfall des täglichen Lebens vor, denn solche Unfälle, denen an der betriebsbezogenen Zeit auch jeder andre nicht im Betrieb Beschäftigte ausgesetzt sei und welche zugleich die im Betriebe Beschäftigten in gleicher Weise auch außerhalb des Betriebes hätten erreichen können, dürften den Berufsgenossenschaften nicht zur Last fallen. Diese Sache mußte erst bis zum Reichsversicherungsamt gehen, ehe dem Verletzten endgültig die Rente zugesprochen wurde. Hier lag insofern ein Betriebsunfall vor, als der Verletzte im Auftrage und im Interesse des Betriebes den Wege nach dem Bahnhofs gemacht hatte.

Zum Schluß soll noch darauf hingewiesen werden, daß es viele Arbeiter gibt, die an epileptischen Anfällen leiden und dadurch der Gefahr des Unfalls viel eher als jeder andre ausgesetzt sind. So fiel z. B. ein Arbeiter infolge eines epileptischen Krampfes mit dem Gesicht zu Boden, und zwar in die heiße Mühle neben dem Kessel eines Schweißofens, durch welche er sich eine Verbrennung eines Auges zuzog. Hier mußte erst das Reichsversicherungsamt das Vorliegen eines Betriebsunfalls bejahen mit folgender Begründung: „Wenngleich hier ein inneres Leiden des Klägers die Ursache des Unfalls war, so muß doch der Umstand, daß der Arbeiter bei dem Hinfallen in den Betriebsräumen der Gefahr ausgesetzt war, in die heiße Mühle zu fallen und sich daran zu verletzen, den Gefahren des Betriebes zugerechnet werden, die somit hier eine wesentlich mitwirkende Ursache des Betriebsunfalls bildeten.“ — Fällt nun ein anderer, ebenfalls an Krämpfen leidender Arbeiter im Betriebe auf dem glatten Erdboden hin, so erhält er im Falle einer Verletzung nach der Begründung des Reichsversicherungsamts nichts, wenn er nicht zufällig, z. B. in herumliegende Materialien, Maschinenenteile, Erzeugnisse des Betriebes usw. stürzt und sich die Verletzung hieran zuzieht. — Wie leicht kann jetzt zur Winterzeit bei Glätte usw. der Arbeiter auf dem Wege von und zur Arbeit hinfallen. Rente erhält er dann nicht. — Diese Seiten müssen in der Gesetzgebung beseitigt werden und unsere Forderung bei der bevorstehenden Reform muß lauten: „Fort mit dem Begriff „Betriebsunfall“ und Entschädigung aller Unfälle, mögen sie nun den Arbeitern „im“ und „beim“ Betriebe, oder „außerhalb“ desselben zuzufügen.“

Auch eine Protestversammlung.

hn. „Der verb. . . roten Bande, der terroristischen Horde will ich es schon nach zeigen, daß wir auch noch Einfluß auf die Erfurter Brauereiarbeiter haben!“ Dies ist eine Seite in der Peier des rühmigen Agitatoren Siegfrieder Weissheit in Thüringens Gauen, des Herrn Wilhelm Neumann, Erfurt, die sehr oft erdient. Dieser nimmer ermüdende Freund des „latenzrohen und erfolgreichen“ Reichsanklägers des „Bundes“ hat nun sehr wahrscheinlich einmal etwas geföhrt von Erfolgen, die groß und einflußreich machen, von dem großen Eindruck, den die Worte machen, denen man die Latenzfolgen sieht. So jetzt sich nun Herr W. Neumann, der Peier und Erhalter des Brauereigenossenstandes von Erfurt und Umgebung, hin und hin und denkt und zermartert sein armes Gehirn, was wohl zu unternehmen sei, um den Einfluß auf die Brauereiarbeiter Erfurts zu beweisen. Endlich! Erfurt springt er auf. Er hat's! Die Möglichkeit des Beweises ist da. Eine Protestversammlung gegen — — die Erhöhung, die „unerhörte“ Erhöhung der Vierleuer, die die Waffe der Brauereiarbeiter, natürlich nur die nationale, auf die Weine bringt, wird ihren Eindruck auf die Unternehmern und die Öffentlichkeit nicht verfehlen. Wir trauten unsern Augen nicht, als wir die Versammlungseinladung sahen. Und unser Staunen wuchs mit der Einsicht über den Umfang des Unternehmungsgewisses des „Brauereigenossen“ Neumann, eine Protestversammlung abhalten zu wollen, die gegen das stärkere Anziehen der Steuergründe auf den „Lugusartikel“ der „Bundes-Zeitung“, das Bier, sich wenden soll.

Noch der Plan schien erfolgversprechend, er wurde ausgeführt. Am Sonntag, dem 13. Dezember, sollte die Demonstration stattfinden. Der Einberufer wartete in dem Lokal „Zum gelben Löwen“, er wartete und wartete; tiefe Falten des Unmuts legten sich auf seine Stirn; die Ungebild watsch mit jeder halben Stunde, die verging, ohne daß einer der nationalen Protestler erschien. Endlich kommt einer! Da, wieder einer! Und — noch einer! Drei — drei Mann hatten sich schon eingefunden. Mehr wurden es aber nicht, trotz noch längerem Warten. Mit der wahrhaftig schon aufgebauten Rede gegen die indirekte Besteuerung, die unerhörte Auspönerung der breiten Masse des Volkes durch die heutige Schutzpolitik, den Militarismus und Maximalismus, gegen die Kolonialpolitik, — — Doch halt, wie ist uns denn! Das ist ja unmöglich, das kann ein Agitator des „Bundes“ ja gar nicht ansprechen. Diese Umstände können ja nach der „Bundeszeitung“ gar nicht in den Kreis der Erwägungen gezogen werden. Wird doch durch diese Politik auch fast nur der Arbeiter herangezogen, was nach der Meinung der „Bundeszeitung“ gar nicht so schlimm ist, denn die armen Reichen müssen doch auch bluten durch die Besteuerung des Champagners und der Automobile. Außerdem handelt es sich doch auch nur um die Erhöhung der Steuerlast auf den „Lugusartikel“ Bier. Da wird der „Brauereigenosse“ Neumann als getreuer Nachbeter bundessozialistischer Offenbarungen in anderer Weise argumentieren müssen. Und er wollte ja sehr wahrscheinlich auch nur dagegen protestieren, daß die Regierung bei den Brauereiarbeitern nicht dahin-wirkt, daß den technischen Umwälzungen in den Brauereien Einhalt getan wird. Denn dadurch müssen ja die Brauereien immer mehr zu Bierfabriken „herabfallen“. Damit geht aber auch die Weissenherlichkeit dahin, was die Zunftgelehrten, der Kastengeist, der Berufsstand der übrigen Arbeiter hingegen angeht. Und was soll dann mit dem Bunde der Brauereigenossen werden, wenn der Umwälzungsprozess in der Brauereitechnik so weiter schreitet wie bisher, wenn die Regierung ruhig zuseht, wie — dadurch dem Bierabzucker jedes Verständnis für die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit verloren geht? Dagegen sollten die nationalen Brauereigenossen protestieren, daß der Entwicklung kein Halt geboten wird, daß die Regierung nicht versucht, das Rad der Weltgeschichte um 100 Jahre zurückzudrehen.

Doch Herr Neumann brauchte sich der Anstrengung einer solchen Protestrede nicht zu unterziehen. Das Fehlen der Anwesenden vermehrte sich nicht, es wurden keine sieben, es blieb bei den drei schon früher Genannten. Da machte man sich auf die Weine nach den häuslichen Penaten, der Ehegattin, die allezeit mit Rat und Tat für die Bundesinteressen eintritt, das bittere Leid zu klagen. Sie mußte Rat. Die häusliche Zusammenkunft dieser mutigen Drei wurde als besagte Versammlung angesehen und eine Protestresolution ausgearbeitet. Ob zur Veröffentlichung? Wir werden ja sehen.

Der Inhalt? — Wie kennen doch die bisher übliche Weise, wie kennen den Verfasser, und — das genügt.

Mit den Beweisen des Einflusses auf die Brauer-Erfurt und Umgebung war es leider wieder nichts. Wie notwendig wäre daselbst aber nun endlich einmal gewesen. Ist's denn nicht, ist's Fronie des Schicksals, was den Brauergefellensverein von Erfurt und Umgebung so von Erfolg zu Erfolg leitet? Erfolge natürlich, die nur der Zahlenjongleur des „Bundes“, Siegert, zu rekonstruieren versteht, während die 177 Verbände von Wismar zu Wismar gleiten. Natürlich nach der Meinung des Herrn Neumann. Nun, wir sind zufrieden, denn wir haben uns innerhalb der letzten Jahre zu ansehnlicher Höhe hinaufblamiert und der Bund hat sich zu dem bekannten „Einfluß“ heraufgesetzt. Dafür ist ja der Erfurter Bundesverein der markanteste Beweis. Bei uns in den letzten drei Jahren verdoppelte Mitgliederzahl, Steigerung auf 250 Kollegen, — bei dem chronischen Mitgliederchwund, der innerhalb Thüringens unter dem „Bund“ herrscht, in Erfurt Bundesangehörige — sechs. Und wie hat sich der „Erfolg“ an die Fersen des „Bundes“ gekettet? Da war im vorigen Jahre der mit aller Euphorie verkündete Boykott der Aktienbrauerei Erfurt, den niemand, selbst das nationale Gewerkschaftsamt nicht beachtete, von dem die Brauerei wohl auch bis heute keine Ahnung hatte. Dann die Währungsreform bei der Einreichung des Tarifs, wo man sich nach einem halben Jahre mit dem Unterzeichnen des von den so genannten Verbänden abgeschlossenen Vertrags begnügen mußte. Dann das Fiasko, das das Bundesmitglied Möller als Broufführer bei den „Ausführungsarbeiten“ in der Brauerei Pilsener machte, und man hatte doch einen Betrieb vor sich, wo das Anfräumen „so außerordentlich notwendig ist.“ Und nun noch die „imposante, eindrucksvolle Protestversammlung“, die Resolution, deren Entschloßtheit wohl einzig dastehen dürfte. Bei solchen „Erfolgen“, und das ist nur ein kleiner Teil derselben, ist es verständlich, wenn alle Mäße, die bestochenen Verbände zu befehlen, vergebens ist. Wir können es auch begreifen, daß sich bei dem Herrn Schwermut einstellt, die an aller Welt verzweifeln macht. Herr Wiltz, Neumann, wir kondolieren!

Bewegung im Berufe.

Lohnbewegungen. — Tarifverträge. — Differenzen.

† Zugzug ist fernzuhalten nach Waldenburg i. Schl., Braunschweig (Brauerei Steger) und Tighau (Oberhessen).

† Zugzug von Brauerarbeitern und Facharbeitern nach Wöhrnen ist streng fernzuhalten.

† Boykottiert ist der „Doornkaat“-Schnaps und die Korubranntwein-Brauerei Fr. Degens Nachfolger, Inhaber A. Stegemann Schöne, Nordhausen.

† Düsseldorf. Zur Tarifbewegung. „Die Unterdrückung des Tarifabschlusses für den Bezirk Düsseldorf durch den Boykottschubverband und unsere Stellungnahme dazu“, lautet das Thema, mit dem sich eine äußerst gut besuchte Versammlung der Brauerarbeiter am 13. Dezember befaßte. Das Referat dazu hatte Kollege G. E. L. am 13. November übernommen, der eingangs seiner Ausführungen betonte, daß die Bewegung bereits zehn Monate in Anspruch nehme und noch keine Beendigung derselben in Aussicht stehe. Das Grundübel, so meinte Redner, sei darin zu erblicken, daß die Brauereien bislang allen Beratungen ferngeblieben, auch sonst nichts unternommen hätten, was zur Förderung der Bewegung beitragen konnte. Die Entschuldigungsgründe der Brauereien stellten nur Verzögerungsgründe der öffentlichen Meinung gegenüber dar. Mit diesen Gründen wolle man bei den betroffenen Arbeitern das Gefühl erwecken, als ob die Brauereien von Friedensliebe trüben, aber der böse Schugverband sei an der Vollendung der Fragen hinderlich. Redner geht in Kürze auf die Vermittlungsvorschläge der Brauereien ein und erklärt dazu, daß dieselben wohl geeignet wären, die Grundlage der Einigung zu bilden, aber leider sei zu verzeichnen gewesen, daß die Brauereien es an der ersten Durchführung gegenüber dem Schugverband haben fehlen lassen. Ähnlich wie in Düsseldorf seien die Verhältnisse in Varnum-Ebersfeld gelegen, jedoch habe sich dort gezeigt, daß die Ortsgruppe der Brauereien sich das Recht vorbehielt, neben dem Schugverband die Beratungen selbst zu führen. Gerade der Anteilnahme der Brauereien sei es zuzuschreiben gewesen, daß fragliche Bewegung im Interesse aller Teile den friedlichen Verlauf genommen habe. Redner unterzog die Maßnahmen des Boykottschubverbandes einer eingehenden Kritik. Die Einrichtungen und Beschlässe bewiesen zur Evidenz, daß man die Arbeiterorganisation in den Köpfen der leitenden Kreise immer noch nicht als berechtigten Faktor gelten lassen wolle. Fortgesetzt werde zu den Arbeitern von einem Feststellungsanspruch geredet, der überall und nirgends zu finden sei. Mit diesem Anspruch habe die Organisation noch niemals zusammenkommen können, obwohl diese Institution die Spitze des Schugverbandes darstellen sollte. Der Weichboden des Unwüthigen durch diesen Anspruch werde die Organisation den äußersten Widerstand entgegenzusetzen.

Die Ablehnungsgründe des Schugverbandes in Bezug auf die Reichspolitik bezüglich der Brausteuer, Zölle usw., die höhere Rohmaterialienpreise im Gefolge habe, könnten absolut nicht entscheidend sein, die berechtigten Forderungen abzulehnen. Zur Gegenseite sei es gerade jene Wirtschaftspolitik, die eine Verteuerung aller Lebensmittel um nahezu 30 Prozent gebracht habe und somit ein Grund zu den Forderungen sei. Wenn die Arbeiterschaft nicht den schlimmsten Gefahren an Leben und Gesundheit ausgesetzt werden sollte, so könne es keinen anderen Ausweg geben, als durch Lohn-erhöhung einen Ausgleich zu schaffen. An der Hand von Tarifver-einordnungen wies der Redner nach, daß in den norddeutschen Gebieten, wo der deutsche Schugverband über diese Fragen zu entscheiden habe, die Verträge durchweg günstiger für die Arbeiter gestaltet seien, als dieses für Rheinland und ganz besonders für Düsseldorf der Fall sei. — Noch auffällender trete die Sache in Erscheinung, wenn man beachte, daß Düsseldorf für seine Produkte die höchsten Preise, die im Reich erzielt wurden, anweise. Nicht um des Tarifs willen, sondern um dessen Inhalt werden die Brauerarbeiter kämpfen, bis ihnen allen das Recht geworden sei. Mit einem warmen Appell an die Kollegen, nicht zu erlahmen, sondern mit geleisteten Kräften an die Agitation zu gehen, schloß Redner seine Ausführungen.

Die Diskussion war eine recht lebhaft. Besonders wurde von den Rednern hervorgehoben, daß man den Vermittlungsvorschlägen nicht skeptisch gegenüberstehen soll. Man könne nach allem, was dieser Bewegung vorausgegangen sei, an dem guten Willen der Düsseldorf Brauereien Zweifel hegen, da von dieser Seite auch nicht das Geringste unternommen worden sei, was zur Lösung der strittigen Angelegenheit beitragen konnte. Auch dürte man nicht aus dem Auge verlieren, daß die Vorschläge des Boykottschubverbandes den Mindestlohn innerhalb 7 Jahre und eine Erhöhung nur 3,5 Prozent darstellen, während im Gegenzug dazu die Teuerung nahezu 30 Prozent ausmache. Unter den gegebenen Verhältnissen müßte man den Entwurf ablehnen und die Brauereien mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu höheren Konzessionen drängen.

Gewerkschaftssekretär Schmitt führte aus, daß auch er bemüht gewesen sei, vernünftig einzugreifen, aber leider habe keine Tätigkeit die gewünschten Erfolg nicht gezeitigt. Redner gab der Versammlung von einem Schreiben des Schugverbandes Kenntnis, worin dem Kartell mitgeteilt wird, daß der Schugverband zu Unterredungen bereit sei.

An dieses Schreiben schlossen sich noch kritische Bemerkungen aus der Versammlung, die dahin ausgingen, daß es zwecklos sei, nochmals mit dem Schugverband in Verbindung zu treten. Die meisten Ausführungen traten Egel und Schmitt entgegen mit den Einwänden, daß es unklug wäre, wenn von unserer Seite solchen Beratungen nicht entsprochen würde. Das Kartell und die Kommission wurden dann beauftragt, sofort mit dem Schugverband die Beratungen aufzunehmen.

† Mannheim. Eine gut besuchte Brauerarbeiterversammlung am 20. Dezember beschäftigte sich mit der Forderung des Lohntarifs. In seinem einleitenden Referat wies der Bezirksleiter Kollege

Harzeneller auf die zunehmende Teuerung der Lebenshaltung hin, stellte einen Vergleich an zwischen den hiesigen Löhnen und denen in Karlsruhe, und bekräftigte die Forderung des Tarifs, um einen besseren abzusichern. Wenn dies zum Vorteil der Brauerarbeiter ausschlagen soll, dann ist es aber notwendig, daß die Arbeiter sich organisieren, daß jeder einzelne Brauerarbeiter nicht nur zahlendes Verbandmitglied ist, sondern auch als selbständig handelnder Verbandstrotzler wirkt, wie er sich in ersten Zeiten zu verhalten hat. Nachfolgender Diskussion und dem Schlußwort des Referenten wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 30. Dezember im „Gewerkschaftshaus“ Mannheim tagende öffentliche Versammlung der Brauerarbeiter von Mannheim und Ludwigshafen kommt nach den Ausführungen des Referenten und der Überzeugung, daß der laufende Tarifvertrag zu kündigen ist, und beauftragt die Versammlungsleitung, die Kündigung unverzüglich auszuführen.“

Die Gründe zu diesem Beschlusse liegen in der anhaltenden Teuerung für den Lebensunterhalt, die die Verbesserungen des letzten Tarifabschlusses vollständig illusorisch machte.

Die Versammlung wählt deshalb eine Kommission, die den neuen Tarifentwurf auszuarbeiten hat und wird dieser Entwurf, nachdem eine weitere öffentliche Versammlung ihre Zustimmung gegeben hat, den Brauereien zugestellt.

Endlich verpflichten sich die Versammelten, am Ausbau der Organisation weiter nach Kräften mitzuwirken und sie werden bestrebt sein, daß das Verhalten der Brauerarbeiter während der Bewegung ihrer Organisation die nötige Achtung verschafft.

Zu die Kommission zur Ausarbeitung eines neuen Tarifs wurden Kollegen aus sämtlichen Kategorien gewählt.

† München. Die Verhandlungen in der Lohnbewegung finden nun seit Tagen vor dem Gewerbeamt unter Vorsitz des Gerichtsrats Dr. Brenner statt, und zwar unter Ausschluß der Öffentlichkeit und auch der Presse. Letztere Bedingung stellen die Unternehmer, die Tarifkommission der Arbeiter widerspricht dem, und um den Abbruch der Verhandlungen zu verhindern, beschloß das Gericht dem Verlangen der Unternehmer entsprechend.

Die bisherigen Verhandlungen haben Positives nicht gezeitigt. In Hamburg trat am 1. Januar die neu ständige Arbeitszeit in Kraft, in einer großen Zahl Orie und Brauereien Deutschlands ist, teilweise schon seit Jahren, die 9 1/2 ständige Arbeitszeit tariflich festgelegt, aber die Präzedenzfälle der Bier- und Stadt München wollen unter 9 1/2 Stunden nicht heruntergehen.

Auch in den anderen Angeboten der Unternehmer zeigt sich diese Krähwinkelerei. Sie erklären, es sei technisch unmöglich, daß die Arbeitszeit der Brauer um 6 Uhr beginne. Nicht an der technischen Unmöglichkeit liegt es, sondern an dem mangelnden Verständnis oder dem kindlichen Egoismus. Schließlich gaben sie den 6-Uhr-Anfang für den Winter zu.

Von einem achtstündigen Schichtwechsel des Maschinenpersonals könne keine Rede sein, erklären die Unternehmer. Und doch haben wir diesen schon verschiedentlich, warum geht es nicht in München. Auch von ungeführten Sparmaßnahmen des Maschinenpersonals wollen die Unternehmer nichts wissen, die Bedienung der Kessel und Maschinen soll während der Pausen weiter erfolgen. Schließlich wollen die Unternehmer eine Wollpause von einer Stunde zugelassen, soweit das befähigte Reparaturpersonal vorhanden ist und soweit es betriebstechnische Gründe ermöglichen.

Eine Präsenzzeit für die Führer wollen die Unternehmer überhaupt nicht zugestehen. Nach langen Auseinandersetzungen erklärten sie sich für eine achtstündige Präsenzzeit, die nach den Bedürfnissen des Betriebes einzuteilen sei in der Weise, daß Facharbeiter bis 7 Uhr und Maschinenführer bis 8 Uhr gefahren werden müssen. Direktor Thomas gab zu, daß größtenteils 13 Stunden Präsenzzeit genügen könnten, allerdings meinte er, wären Ausnahmen notwendig; aber von einer Ueberstundenbezahlung wollten die Unternehmer nichts wissen.

Als Nachtschicht wollen die Unternehmer Zwischenschichten von mittags 1 bis 12 Uhr nachts und von 12 Uhr nachts bis mittags 11 Uhr gelten lassen; für Nachtschicht 11 Stunden Präsenzzeit.

Am Karfreitag, Karsonnabend, Pfingstsonnabend, Kirchweihmontag, Weihnachtssabend und Silvesterabend soll um 4 Uhr nachmittags Arbeitschluß ohne Lohnabzug sein, an Wochenendtagen eine Stunde früher. Werden diese zwei bzw. eine Stunde doch gearbeitet, so verlangen die Vertreter der Arbeiter diese Zeit für die Vorkategorie bezahlt. Die Unternehmer wollen die Schichtarbeiter und das Fahrpersonal davon ausschließen.

Bei den Löhnen zeigen die Unternehmer ein in keiner Weise befriedigendes Entgegenkommen. Nur für die Schaffler wurde eine Verfindigung erzielt.

Auch mit dem Lohnangebot für die Brauer erklärten sich die Arbeitervertreter zugunsten aller übrigen Kategorien einverstanden unter der Voraussetzung der besonderen Bezahlung der Sonntagsarbeit. Das Angebot der Unternehmer für die übrigen Kategorien blieb allzuweit hinter den Forderungen zurück. Die Vertreter der Arbeiter machten Gegenanschläge unter Reduzierung der aufgestellten Forderungen als äußerstes Zugeständnis, aber nur unter der Bedingung der Einführung einer 1/2stündigen Arbeitszeit und besonderer Bezahlung der Sonntagsarbeit. Diese Vorschläge erklärte der Syndikus der Unternehmer als unbillig.

Der ausgedehnten Sonntagsarbeit glauben die Münchner Brauereien noch immer nicht entzogen zu können, obwohl diese nach der Gewerbeordnung ungesetzlich ist, weil es Arbeiten sind, die an Verboten vorgenommen werden können. Oder ist man immer noch nicht von der fixen Idee des „kellerfrischen Bieres“, das nur die Sonntagsbeerdigung gewährleistet, abgekomen? Die Sonntagsarbeit kann bei vollständiger Einteilung auch in Mägen auf ein ganz Geringes reduziert werden, nehmen doch unsere Kollegen, die Gastwirte sind, an Sonntagen überhaupt kein Bier den Brauereien ab — sie lassen es sich vorher anschauen und haben auch „kellerfrisches Bier“. Wenn aber gearbeitet wird an Sonntagen, dann soll man diese Arbeit auch bezahlen, schon aus dem Grunde, damit sie auf das möglichste beschränkt und auch dem Geleg Genüge getan wird.

Nur in wenigen Punkten ist also bisher, soweit die Berichte vorliegen, eine annähernde Verständigung erfolgt und das Ergebnis läßt schwache Hoffnung auf friedliche Erledigung zu. Einig wurden die Kommissionen der Arbeiter und Unternehmer darin, daß die bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse nach dem 31. Dezember 1908 während der noch schwebenden Verhandlungen unverändert bleiben. Die Vereinbarungen gelten rückwirkend ab 1. Januar 1909, unter der Voraussetzung, daß die Verhandlungen bis längstens 9. Januar abgeschlossen sind.

Malzfabriken.

† Bamberg. Erneuerter Tarifvertrag. Durch Abschluß eines neuen Tarifvertrags erhalten die in der Malzfabrik des Herrn Deßauer tätigen Kollegen Lohnaufbesserungen von 1 Mk. und 1,50 Mk. Die Arbeitszeit wird ebenfalls um 1/2 Stunde pro Tag eingeschränkt. Ueberstunden und Sonntagsarbeit wird nach dem neuen Tarifvertrage extra bezahlt, die Bezahlung der Sonntagsarbeit wird um 1,50 Mk. erhöht. Bei militärischen Übungen und bei Krankheitsfällen wird während der ersten 14 Tage täglich 1 Mk. bezahlt. Urlaub ohne Lohnfortzahlung erhalten alle ein Jahr im Betrieb tätigen Kollegen 3 Tage pro Jahr.

Korrespondenzen.

† Schaffenburg. In der hier stattgefundenen Protestversammlung gegen die Brausteuererhöhung referierte Genosse Gbller, Frankfurt, über die Finanzreform unter lebhaftem Beifall der Versammlung. Insbesondere beleuchtete er in markanten Zügen die Folgen, welche die Brausteuererhöhung mit sich bringen würde, und die es jedem Brauerarbeiter zur Pflicht machte, sich dem Brauerarbeiterverband anzuschließen. Die Resolutionen wurden einstimmig angenommen und ließen sich 7 Kollegen sofort aufnehmen.

† Wiesbaden. In der letzten Versammlung wurde zum Bericht der städtischen Kommission bemängelt, daß das Ergebnis nicht ein-

wandfrei sei; nichtbestimmter könne man mit dem Resultate zufrieden sein. Es soll eine ständige Kommission für Statistik für das nächste Jahr gewählt werden, dieselbe soll die Statistik auch auf die Frauen und Kinder über 14 Jahre ausdehnen. Die Hausagitationskommission berichtet, daß es außerordentlich schwer hält, die Kollegen der Brauerei Wiegand und in den Bierverlagern zu gewinnen, trotzdem es gerade in diesen Betrieben in Bezug auf Lohn- und Arbeitszeit notwendig wäre, Remedur zu schaffen. Man darf aber nicht unklug werden, wenn man nicht gleich Erfolge sieht; Zeitgeist fährt zum Ziel, das zeigt das Beispiel der Bierverlage Kiefer, welche Kollegen jetzt alle organisiert sind, trotzdem es auch da schwer gehalten hat, Eingang zu finden; aber den unermüdlichen Bestrebungen, auch des Kollegen Kühne, gelang es doch, die Kollegen zur Ueberzeugung zu bringen. Wir haben noch ein großes Tätigkeitsfeld vor uns, speziell eine große Zahl Brauerarbeiter um Vieles herum, auch diese müssen gewonnen werden. Hier müssen auch die Kollegen in Tätigkeit treten, welche am häufigsten mit den Kollegen der Brauereien zusammenkommen; jeder Kollege muß sich an der Agitation beteiligen.

† Eberswalde. Die am 20. Dezember stattgefundenen Versammlung war leider schwach besucht. Die Mehrzahl der Eberswalder Kollegen scheint es ganz vergessen zu haben, daß die Verbesserung ihrer Lage nur durch festes Zusammenhalten in der Organisation erreicht werden konnte. Kollegen, molle ihr, daß sich eure Verhältnisse nicht verschlechtern, dann ist es nicht nur notwendig, die Versammlungen zu besuchen, sondern auch dafür zu sorgen, daß sämtliche Brauerei- und Bierverlagsarbeiter von Eberswalde dem Verband zugeführt werden.

† Selsenhausen. Auf eine die Brauerei und Malzfabrik Dettenhofers betreffende Notiz in Nr. 43 der „Brauerarbeiter-Zeitung“ erhalten wir von Herrn Dettenhofer eine Zuschrift, daß die Behauptung nicht richtig sei, daß er den Tarifvertrag nicht einhalte und daß er von den organisierten Arbeitern Unmögliches verlange. Der Vertrag werde genau eingehalten, die Ueberstunden würden bezahlt, auch sei die freie Zeit genau geordnet. Wenn die Arbeiter im Sommer, wo bloß 2—3 Tagen auf den Tennen liegen, an Sonn- und Freitagen freiwillig zusammen helfen, so sei das ihre Sache. Daß nicht zu viel verlangt werde, dafür sei Beweis, daß ein von ihm entlassener Arbeiter von Schrems nach einer anderen Stelle gebracht wurde, diese aber nach kurzer Zeit verließ, weil ihm der Dienst zu streng war. Entlassen werde nur, wer seiner Pflicht nicht nachkomme. Daß hierbei unparteiisch gehandelt werde, beweise weiter, daß er (D.) erst vergangenen Sommer einem organisierten Arbeiter eine Stelle zugebracht habe.

† Selsenkirchen. In der Versammlung am 13. Dezember referierte Kollege Brülling über die Kämpfe der Gegenwart, wobei er den Beweis führte, daß, wenn der Brauerarbeiterverband in Zukunft seine Mission im Interesse der Brauerarbeiter erfüllen wolle, diese dafür sorgen müssen, daß der letzte Mann in der Brauerei dem Verband zugeführt werde. Gestagt wurde, daß in verschiedenen Brauereien Leute fehlen, aber keine eingestellt werden, so daß jetzt noch eine größere Treiberei herrscht wie bei der Hochkonjunktur. Hier macht sich das Unternehmertum die Unmöglichkeit der Brauerarbeiter zunutze, letztere gehen aber noch nicht ein, daß dort, wo alles organisiert ist, solche Schikanen nicht vorkommen.

† Gütersloh. Am 14. Dezember fand eine gut besuchte Versammlung statt. Kollege Supper berichtete über die ihm von der Firma mitgeteilte Absicht, 3 bis 4 Mann zu entlassen, da der Geschäftsgang ein sehr flauer sei. In der Diskussion, die sich sehr stürmisch gestaltete, wurde allgemein behauptet, daß von Arbeitsmangel nichts zu spüren sei, das Gegenteil sei der Fall. Komme es doch vor, daß die Kuttiger abends 7 Uhr nach Feierabend noch Eis laden müssen. Ebenso würden Leute aus dem Keller und aus der Böttcherei nach der Schwanthalle geholt, um zu helfen, weil es da an Leuten fehle. Dahingegen würden Böttcherarbeiten im Frühjahr und Sommer nach außerhalb vergeben. Auch wurde erwähnt, daß es noch nicht so lange her ist, daß noch Leute angenommen wurden. Es wurde auch der Verbaht laut, daß, da unter denen, welche entlassen werden sollten, hauptsächlich ältere Kollegen wären, und man diese geru los sein wolle, um jüngeren Platz zu machen. Es kommen Kollegen in Betracht, die schon 22, 30 und fast 40 Jahre im Betriebe sind. Die Organisation könne unter keinen Umständen zugeben, daß diese Kollegen entlassen würden. Ein Kollege, der mit seinen Beiträgen im Rückstande ist, verpflichtete sich, diese nachzuzahlen. Einem Kollegen wurde zu verstehen gegeben, daß er sich in Zukunft in acht zu nehmen habe, damit sich solche Fälle nicht wiederholen. Kollege Supper wurde beauftragt, nochmals mit der Firma zu verhandeln und mit aller Entschiedenheit dafür einzutreten, daß Entlassungen nicht vorgenommen werden. Die Anwesenden wurden ermahnt, die hiesigen Brauerarbeiter und Malzer aufzuklären und der Organisation zuzuführen; in der Malzfabrik sind noch sehr traurige Verhältnisse.

Die Verhandlung hat inzwischen stattgefunden, die Firma stellt von Entlassungen ab. Ein neuer Beweis von der Notwendigkeit der Organisation.

† Gerford. In der gut besuchten Versammlung am 13. Dezember begründete nach Erledigung der Wahlen Kollege Supper die Notwendigkeit der Vertragsbeerdigung, die zudem den Kollegen auch noch größere Gegenleistungen seitens der Organisation gebracht habe. Ferner ermahnte er die Kollegen, dem Unterfahrer die Arbeit der Entfasserung zu erleichtern; wenn er einmal nicht gleich zur Stelle ist, möge man ihn den Vertrag zustellen und sie nicht aufsummen lassen, es hält dann viel schwerer. Man darf sich nicht auf den Standpunkt stellen, daß der Vertrauensmann jedem nachlaufen muß, ein jeder einzelne muß hohel Interesse an der Organisation haben, daß die Beiträge pünktlich beglichen werden. — Das Verhalten der Feljenkellerbrauerei wurde scharf kritisiert, da das Zugelagte bei Vorstellungsverden der Kollegen Brülling und Supper doch nicht in allen Teilen eingehalten wurde. Kollege Supper wurde beauftragt, das Nähere zu veranlassen, damit endlich die Verhältnisse gehoben werden, auch in Bezug auf Lohnzahlung einzelner Arbeiter. Man sollte es nicht für möglich halten, daß trotz Tarifvertrags immer wieder unterhandelt werden muß. Es kommt dies daher, weil die Firma versucht, den Tarif in dem ihr genehmen Sinne auszulügen. Es muß dafür gesorgt werden, daß beim nächsten Tarifabschluß klare Bestimmungen geschaffen werden, an welchen nichts zu denken ist.

† Nienstedten. Eine Protestversammlung der Brauerarbeiter von „Elschloß“ und „Zeufelsbrücke“ gegen die Brausteuererhöhung fand am 6. Dezember statt. Kollege Döllinger referierte. Das Verhalten der „Elsen“ der Elschesloßbrauerei wurde vom Referenten einer scharfen Kritik unterzogen. Diese können keine Gelegenheit vorübergehen lassen, um zu beteuern, daß sie mit den „roten“ Arbeitern nichts zu tun haben wollen. Bei der letzten Reichstagswahl hätten sie mit allen Mitteln für den „nationalen“ Kandidaten gearbeitet und auch ein Freidenggeheil angestimmt, als dieser gewählt wurde, der nun die Brauereier durchdrücken helfen wird. Und die „Bundes-Zeitung“ nennt das hier einen Lugusartikel. Die Brauereien könnten sich zu solchen Bundesgenossen gratulieren. Eine Protestresolution wurde einstimmig angenommen.

Vor Schluß der Versammlung wurde von einigen Diskussionsrednern auf verschiedene Mißstände, welche im Laufe der Zeit auf der Elschesloßbrauerei entstanden sind, hingewiesen. Es wurde dann angeregt, daß seitens der Kollegen in den nächsten Tagen an Abstellung der Mängel hingewirkt werden sollte. Als jedoch an dem Morgen die Kollegen vom Brauerarbeiterverband zur Arbeit kamen, wurden sie von den sogenannten Vorkategorie in einer Weise empfangen und mit Redensarten tituliert, die eben nur auf der Elschesloßbrauerei gang und gäbe sind. Alles, was in der Versammlung über diese Mißstände gesprochen wurde, wußten diese Vorkategorie. In der Versammlung waren auch einige „Elsen“ anwesend.

† Salzwedel. Unsere gut besuchte Protestversammlung am 14. Dezember nahm nach einem Vortrag des Kollegen Blank die Protestresolution einstimmig an. Zum Kartellbericht wurde auf die demnächstige Gewerbeamtshilfe hingewiesen. Der Familie eines kranken Kollegen wurden 10 Mk. aus der Postkasse überwiesen. Der Vorsitzende appellierte an die

Kollegen, tüchtig zu agitieren und die Zahlstelle zu kräftigen und lampfähig zu machen.

Sotingen. Die Versammlung am 13. Dezember bewilligte für den Weihnachtsspende der Arbeitslosen in Sotingen 20 Mk. für ...

Stettin. In der Versammlung am 13. Dezember hielt Arbeitersekretär Dedert einen Vortrag. Der Vorsitzende gab bekannt, daß in der Brauerei und Brennerei ...

Stronburg. Bei der Vorkonferenz im Jahre 1906 erklärten sämtliche Kollegen in erster Zeit: Wir machen auch mit, es ist keine ungerechte Forderung, die Lebensmittel und alles wird teurer, aber der Arbeitslohn bleibt immer der gleiche.

Wetting. Am 13. Dezember fand eine Protokollversammlung der Brauereiarbeiter von Wetzlar und Umgebung gegen die von der Regierung beabsichtigte Brausteuerverhöhung statt.

Warthausen. Die Protokollversammlung am 13. Dezember, in der Kollege Jahn referierte, hatte einen guten Erfolg.

Witten. Zur letzten Versammlung, die gut besucht war, waren auch die Kollegen von der Brauerei Müller, Langendreer, eingeladen.

Worms. In der am 13. Dezember abgehaltenen Protokollversammlung referierte K. Wittich, Frankfurt. Nachdem der Vorsitzende die Tätigkeit und Gleichgültigkeit der Kollegen in bezug des Versammlungsbedarfs richtig beurteilt, richtete derselbe ermahnen

Aus der Industrie.

Brauerei und Brennerei in Düsseldorf.

Die Ergebnisse der Betriebszählung vom 12. Juni 1907 dürften für Düsseldorf am meisten bezeichnend werden, weil sich diese Stadt dadurch auszeichnet, daß ihre statistische Amt allen anderen ...

In den 31 Düsseldorfer Brauereien waren zusammen 518 männliche und 32 weibliche Personen, also 550 gegenüber 361 in 30 Betrieben am 1. Juni 1895 beschäftigt.

teilten sich am 12. Juni 1907 folgendermaßen: In 4 Brauereien waren nur je 2 Arbeiter, in einer nur 3, in 5 je 4-5, in 7 je 6-10, in 6 je 11-20, in einer 21-30, in 2 je 41-50, in einer 67-100 und in 2 je 101-150 Personen beschäftigt.

Die Bierbrauerei in Elsaß-Lothringen. Die Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten für Elsaß-Lothringen für das Jahr 1907, die erst im Spätkommer des Jahres 1908 erschienen sind, enthalten fast gar nichts über die Verhältnisse in den Getränkeindustrien.

Weitere drei Bierbrauereien haben eine Bierzeugung von 81 732 Hektolitern, von 75 088 Hektolitern und von 71 920 Hektolitern, zusammen 228 769 Hektoliter, aufzuweisen.

Die Bierausfuhr aus Elsaß-Lothringen hat im letzten Jahre wieder etwas zugenommen; sie ist von 81 248 Hektolitern auf 81 675 Hektoliter gestiegen.

Die Zählstellenverträge werden durch die Ausfüllung und Einbindung der statistischen Fragebogen zu beschleunigen.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau Münzstr. 5, III., Hannover. - Fernspr. Nr. 5830.

Diese Woche ist der 2. Wochenbeitrag fällig.

Mitteilungen der Hauptverwaltung.

Wir machen darauf aufmerksam, daß die Abrechnung vom 4. Quartal 1908 bis spätestens den 20. Januar 1909 fertigzustellen und einzuwenden ist.

Sämtliche Belege für gemachte Ausgaben; Revisionsbericht; Nachweisung über die während des Quartals verbrauchten Erwerbslosenmarken.

Ferner sind mit der Abrechnung vom 4. Quartal 1908 die noch übrigen Marken zu 25 Pf. und 45 Pf., sowie die noch vorhandenen Erwerbslosenmarken einzuwenden.

Die Zählstellenverträge werden durch die Ausfüllung und Einbindung der statistischen Fragebogen zu beschleunigen.

Es wird ferner noch um beschleunigte Zustellung von folgendem ersucht:

- 1. Fragebogen betr. die Zählstellenverträge im Jahre 1908; 2. Fragebogen über den Ausgang der Prozesse, zu welchen der Hauptverband rechtlich eingetretet; 3. Fragebogen über die Krankheitsursachen verstorbenen Kollegen.

Notizkalender meines Verbandes für 1909 sind noch eine Anzahl Exemplare zum Verkauf vorhanden. Preis 50 Pf.

Eingänge der Hauptkasse vom 23. Dezember bis 3. Januar.

- Für Beiträge: Mühlberg 4,70. Landbau a. Thar (für Fleischschinken) 29,20. Salzweid 79,12. Ratibor -40. Hannover 2,50. Nürnberg 200,00. Halle 579,94. Schwerin 200,00. Lübeck 796,46. Hannover 213,22.

Materialverwand.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher. Buch-Nr. 57 966 für Wilhelm Abbes, geb. 25. 6. 1892 zu Bremen, eingetreteten 5. 6. 1908.

Aus den Zählstellen.

Berlin. Am Sonntag, 10. Januar, findet die Wahl zum Kuratorium des Arbeitsnachweises statt. Die Wahl findet für die Brauer in der Zeit von 1-2 Uhr nachmittags im Arbeitsnachweisgebäude, Eingang Alsterstraße 9, für die andern Arbeitnehmer von 1-3 Uhr im Arbeitsnachweisgebäude, Eingang Gornaustraße, statt.

Zur Kontrolle der Wahlbeteiligung werden Marken ausgegeben. Erhebt jeder Kollege zur Wahl!

Freiberg i. Br. Vorsitzender ist Georg Huber, Eichholzstraße 73, Stb. - Versammlungsort ist bei Hofflein, Weberstraße 12.

Hamburg. Wir machen die Kollegen von Hamburg und Umgebung nochmals darauf aufmerksam, daß am 1. Januar die neue stündliche Arbeitszeit in Kraft getreten ist; dieselbe muß in einer entsprechenden Pausenzeit erledigt sein.

Landshut. Vorsitzender H. Meißner wohnt Mühlenstraße 3.

Stade. Vorsitzender ist Wilh. Christensen, Hofenwedel 7, Kaffeehaus, F. J. Land, Bremerbörsestraße 92.

Nelken. Vorsitzender ist Josef Buntl, Wiesenstraße 95, Kaffeehaus und Unterhaltungsausschuß O. Maier, Wogldamm 13.

Zwickau. Gewarnt wird vor dem Brauer Ernst Gräfe aus Altenburg, Buch-Nr. 55 333. Derselbe geht mit einem Schreiben des Kollegen Unger, Magdeburg, nach Seesen (Harz) gerichtet, hanterten. In Zwickau sollte er in Arbeit treten, zog es aber vor, abzureisen und sich von der Zahlstelle auf Grund des Schreibens Geld zu erschwindeln.

Versammlungsanzeigen.

Freitag, den 8. Januar. Stadthagen. 8 1/2 Uhr, Schaniburger Hof. Referent: Ruf-Hannover.

Sonnabend, den 9. Januar. Viefelsfeld. 8 1/2 Uhr, Weberstr. 5. Flensburg. 8 1/2 Uhr, Hohenstr. Oldenburg. 8 1/2 Uhr im Vereinshaue.

Sonntag, den 10. Januar. Altenburg. 3 Uhr, Gasthaus „Ehlorung“. Arnich. Bei Lambrecht in Haglum. Bochum. 4 Uhr bei Seid, Brückstraße 20.

Detmold. Vorm. 10 Uhr, Zentralhallen. Gomm. 2 Uhr bei Spier. Jüchen. 2 Uhr im „Deutschen Hause“. Krefeld. 2 Uhr bei Herrmann, St. Tönies. Bei Wilm, Hülfstraße. Mitgliedsbücher mitbringen. Lahr. 2 Uhr im „Kranke“. Langensalza. Abends 8 Uhr im „Schloßkeller“. Mitgliedsbücher mitbringen. Magdeburg. 2 Uhr bei Papien, Braunschweigstraße 3. Mitgliedsbücher mitbringen. Meerane. 2 1/2 Uhr im „Hühnerhof“, Meerane. Neuhaldensleben. 4 Uhr bei Herzog, Döggersheim. 2 Uhr Lokal Keller. Osna-brück. Vorm. 11 Uhr bei Uffmann. Omscheid. 4 Uhr bei Trisch, Wismarstraße. Reutlingen. Bei Seider, „Zum grünen Baum“. Salzweid. Abends 7 Uhr bei Köller. Schweisingen. Im Lokal „Waldhorn“. Witten. 3 Uhr bei Teich, Breitestraße.

Inserate werden, um zeitliche Beschränkung zu vermeiden, in Zukunft nur nach vorheriger Zahlung aufgenommen, und zwar kostet ein einzelner Wochenbeitrag 2,10 M. größere Beiträge entsprechend mehr.

Brauerei-Verkauf. Am 29. Januar 1909 sollen durch das Wohlw. Amtsgericht Teil an der Brauerei des Grundstückes des Brauereibesitzeren G. Ehbiedel in Stb. abgegeben. Der Kaufpreis wird über 2 Millionen Mark überschätzen und über 2 Millionen Mark überschätzen werden. Die Brauerei wird mit Mälzerei, Dampfkessel und Zerkleinerungsmaschinen versehen. Grundstücke des Kaufers sind mit 1000 und 1500 qm großem Grundstück. Grundstückes in Wittenberg. Der Kaufpreis wird über 2 Millionen Mark überschätzen werden. Der Kaufpreis wird über 2 Millionen Mark überschätzen werden.

Schürzleder. Die Beschaffung von Schürzleder ist ein wichtiger Bestandteil der Brauereiarbeit. Wir liefern das beste Schürzleder zu den billigsten Preisen. Kontaktieren Sie uns für weitere Informationen.

Die Wäsche von Jul. Wächter, Brauer, vor. Jahr Ritterbräuerei, Dortmund, wäscht für Sie. Kontaktieren Sie uns für weitere Informationen.

Hannover. Der Brauereiarbeit. Verkehr. Kontaktieren Sie uns für weitere Informationen.

Strapaz.-Stiefel. Für Brauereiarbeiter. Kontaktieren Sie uns für weitere Informationen.

Neu! Wasserdichte Holzschuhe! Neu! Das Beste ist das Billigste. Kontaktieren Sie uns für weitere Informationen.

Hch. Schäfer. Kontaktieren Sie uns für weitere Informationen.

Fest- u. Vereins-Anzeichen. Kontaktieren Sie uns für weitere Informationen.

Was ein Brauer wissen muss! Kontaktieren Sie uns für weitere Informationen.

Unsere Kollegen Ernst Möller und seiner lieben Frau zu stätig gefundenen Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche. Kontaktieren Sie uns für weitere Informationen.

Unsere Kollegen Jakob Wammlerberger und seiner lieben Frau Jenny zur Vermählung die besten Glückwünsche. Kontaktieren Sie uns für weitere Informationen.

Die Kollegen der Zahlstelle Landshut. Kontaktieren Sie uns für weitere Informationen.